

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

17.2.1932 (No. 40)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Str. 255
und 254
Postfach
Nr. 2516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,20 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittfalliger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, etwaigerweiser Beibehaltung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 23. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleiheblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Zusammenlegung von Amtsgerichten, Notariaten und Grundbuchämtern

Eine Regierungsdienstschrift — Nur kleinere Einsparungen möglich

Das badische Staatsministerium hat jenseits dem Landtag eine Dienstschrift über die Einsparnisse bei Zusammenlegung von Amtsgerichten, Notariaten und Grundbuchämtern vorgelegt. Baden hat 60 Amtsgerichte, und zwar 34 mit einem Richter, 12 mit zwei Richtern, 2 mit drei Richtern, 5 mit vier Richtern, 1 mit acht Richtern, 2 mit neun Richtern, 1 mit 15 Richtern und 1 mit 21 Richtern. Während die Zahl der Amtsgerichte in Baden und Württemberg fast gleich ist, obwohl Württemberg eine viel größere Bevölkerung als Baden hat, ist die Zahl der Richter in Württemberg 256, in Baden dagegen nur 154; sie ist also in Württemberg um 102 größer als in Baden. Dagegen ist in Baden die Besetzung der Amtsgerichte mit höheren mittleren Beamten um 30 stärker als in Württemberg, während Württemberg wiederum 106 Beamte des einfachen mittleren Dienstes bei den Amtsgerichten mehr beschäftigt als Baden. Die Zahl der nur mit einem Richter besetzten Amtsgerichte ist in Baden auffallend groß: 34 gegenüber nur 7 in Württemberg.

Der Beschäftigungsstand der 34 mit nur einem Richter besetzten Amtsgerichte ist sehr verschieden. Einzelne dieser Amtsgerichte sind so stark belastet, daß ein Richter auf die Dauer die richterlichen Geschäfte nicht besorgen könnte. Andere dagegen sind offensichtlich so schwach beschäftigt, daß zum mindesten die Arbeitskraft des Richters, vielfach aber auch die eines Geschäftsstellenbeamten, nicht voll ausgenutzt ist. Meist juristisch betrachtet, wäre also eine Reihe von nicht vollbeschäftigten Amtsgerichten zur Zeit aufhebungsreif. Daß neben voll- oder übermäßig beschäftigten Amtsgerichten mit einem Richter ungenügend beschäftigte vorhanden sind, liegt zu einem großen Teil daran, daß die heutigen Amtsgerichtsbezirke nicht auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen gebildet wurden, und daran, daß die Amtsämter selbst häufig nicht nach Verkehrsrichtungen festgelegt wurden, sondern historisch gegeben sind.

In der Dienstschrift wird dann eingehend beleuchtet, wie bei der Mitverrechnung von Amtsgerichten durch Richter benachbarter Gerichte die Ausgaben für eine Richterkräft wegfallen, die Mitverrechnung eines Amtsgerichts durch benachbarte Richter, aber auch eine Ausgabeneuerhebung mit sich bringt. Es wird ferner dargelegt, wie durch die Mitverrechnung eines Amtsgerichts durch den Richter eines benachbarten Gerichts sich Nachteile ergeben, z. B. durch die Erschwerung der Dienstaufsicht. Bei der Aufhebung eines Amtsgerichts und Vereinigung des Bezirks mit einem benachbarten Amtsgericht könne natürlich auch Kanzleipersonal und Sachaufwand (Heizung, Beleuchtung usw.) gespart werden. Würde die von der Sparkommission angeregte Aufhebung der Amtsgerichte Adelsheim oder Bogers, Eberbach, Reckartschhofheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gengenbach, Bundenbach, St. Blasien, Fullendorf oder Wehrbach und Staufen erfolgen, so würde sich für den Staat eine Gesamtersparnis von 144 900 RM. ergeben, der sich aber um den nicht schätzbaren Betrag vermindert, um den sich die dem Staate zur Last bleibenden Zeugen- und Sachverständigengebühren wegen der größeren Entfernung der Orte des alten, eingezogenen Amtsgerichtsbezirks vom neuen Amtsamt erhöhen.

Die Gesamtersparnis sei aber nicht so hoch, daß dadurch die Nachteile allgemeiner Art und die Mehrbelastung der rechtshinwendigen Bevölkerung aufgewogen würden. Der Staat würde sparen, aber die Amtsstadt würde verlieren und die rechtshinwendige Bevölkerung würde hinzulegen. In Frage kämen für die Mitverrechnung nur Bogers durch Adelsheim oder umgekehrt, Eppingen durch Bretten, Philippsburg durch Bruchsal, Gernsbach durch Rajatt, Gengenbach durch Offenburg, Staufen durch Müllheim und Wehrbach durch Fullendorf oder umgekehrt. Es könnten hiernach sieben Richterstellen allmählich von diesen Amtsgerichten mit einem Richter weggewonnen werden. Die Ersparnis betrüge bei endgültiger Aufhebung dieser Richterstellen, nach Abzug der zuwachsenden Reiseflosten und Aufwendungen für Stellvertretung, 45 200 RM.

Der zweite Teil der Dienstschrift hat die Notariate zum Gegenstand. Baden hat 75 Notariate. Von diesen befinden sich 60 an Amtsgerichtsstellen, 15 außerhalb dieser. Es sind zur Zeit besetzt 44 mit einem Notar, darunter die 15 Außennotariate, 23 mit zwei Notaren, 3 mit drei Notaren, 3 mit vier Notaren und 2 mit sechs Notaren. Das Notariat Lenggen wird auf 1. April 1932 aufgehoben. Das Notariat Gerlachshausen wird zur Zeit vom Notariat Tauberbischofsheim mitverwaltet. Das Notariat Stetten a. L. M. wird zur Zeit vom Notariat Wehrbach mitverwaltet. Das Notariat Wehrbach bleibt bestehen, weil die Gemeinde dort finanzielle Hilfe leistet. Die vorgeschlagene Verlegung des Notariats Oberrotweil nach Wehrbach und der Notariate Görtzhilf und Griesen nach Waldshut kommt nicht in Frage. Weitere Notarstellen einzuziehen, so sagt die Regierungsdienstschrift, wird nur dann möglich sein, wenn kleine Grundbuchämter in erheblicher Zahl mit benachbarten Grundbuchämtern vereinigt werden, wodurch der Zeitaufwand des Notars für die Vereinerung stark zurückgeschraubt werden könnte.

Der Teil III der Dienstschrift umfaßt die Grundbuchämter. Infolge des außerordentlich starken Widerstandes der Gemeinden gegen die Aufhebung der kleinen Grundbuchämter ist das Justizministerium zu der Überzeugung gelangt, daß sich die Aufhebung in dem Umfang, wie sie das Spargutachten vorschlägt, nicht durchführen lasse. Die Aufhebung eines Grund-

Letzte Nachrichten

Verhärterung des Ostasien-Konflikts

Der Völkerbund an Japan

WTB. Genf, 17. Febr. (Tel.) Der Völkerbundsrat hat beschlossen, in einem direkten, nachdrücklichen Appell die japanische Regierung zu Maßnahmen aufzufordern, damit die bedrohliche Lage in Schanghai sich nicht weiter verschärft.

Der japanische Delegierte hat an den Vizepräsidenten Paul-Boncour mehrere Rückfragen wegen des gestrigen Appells des Zwölferrates gerichtet. Er fragt u. a., ob unter „Wahlgang“ die bedingungslose Zurückziehung der Truppen aus Schanghai zu verstehen sei, worauf Paul-Boncour erwiderte, es sei in erster Linie an die Errichtung einer neutralen Zone und die Vereinfachung Japans zur friedlichen Regelung des Konflikts gedacht. Die Frage, warum der Appell nur an Japan und nicht auch an China gerichtet sei, beantwortete Paul-Boncour dahin, daß Japan als Großmacht und mächtiges Mitgliedsmitglied größere Aktionsmöglichkeit und eine besondere Verantwortung habe.

Ein japanisches Ultimatum

WTB. Tokio, 16. Febr. (Tel.) Die Regierung hat den Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai ermächtigt, in einem Ultimatum zu verlangen, daß die 19. chinesische Armee binnen einer bestimmten Frist bis 20 Kilometer von der Grenze der internationalen Konzession zurückgezogen wird. Der japanische Gesandte in China hat seiner Regierung mitgeteilt, daß man nach seiner Ansicht jede Hoffnung aufgeben müsse, die Chinesen zum freiwilligen Rückzug zu bewegen.

WTB. Schanghai, 17. Febr. * Die japanischen Granaten sind hinter den amerikanischen Linien in das Gebiet der internationalen Konzession gefallen und haben zwei Chinesen getötet. Auch englische Schiffe wurden beschädigt.

Nach amtlichen Mitteilungen aus japanischer Quelle soll der amerikanische Staatssekretär Stimson eine neue Protestnote gegen die Landung japanischer Truppen in der internationalen Konzession vorbereiten. Danach würden die Vereinigten Staaten Japan für den Fall verantwortlich machen, daß infolge eines Vorgehens der Japaner amerikanische Bürger getötet würden. Stimson hoffe, daß sich Frankreich und Großbritannien seinem Protest anschließen werden.

Die Rechtsbrüche im Memelland

Der Bericht Colbans

Der Völkerbundsrat hat sich am Dienstag noch nicht mit den Rechtsbrüchen im Memelland aufs neue beschäftigt. Der norwegische Berichterstatter Colban hat am Montag mit der deutschen und der litauischen Delegation verhandelt, am Dienstag prüfte er die Angelegenheit mit den Juristen der Memeler Garantemächte (England, Frankreich, Italien und Japan) und stellte den Bericht im wesentlichen fertig. Wie verlautet, wird dieser Bericht in den Hauptfragen den deutschen Forderungen gerecht. Für den Fall, daß die Angelegenheit dem Haager Gerichtshof überwiegen werden sollte, wird der deutsche Vertreter einer solchen Lösung nur dann zustimmen, wenn für die Zwischenzeit ein das Vertrauen des Memeler Landtags besitzendes provisorisches Direktorium eingesetzt wird.

Dr. Söbe spricht in München

In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Söbe, der Führer des badischen Zentrums. Er führte u. a. aus:

Wenn man im ganzen deutschen Süden in manchen Fragen eine besondere Verbundenheit der Auffassung zeige, so solle man im Norden nicht immer von Separatismus und Partikularismus sprechen. Es gebe zweifellos eine besondere Note im deutschen Süden und nicht immer habe man in der Reichspolitik genügend Verständnis dafür gezeigt. Das sog. Dritte Reich würde die Gefahr einer Zentralisation noch steigern. Der Nationalismus werde im ganzen deutschen Süden auf erbitterten Widerstand stoßen. Wenn die politischen Mächte im Süden ganz besonders schwer ertragen würden, so nicht minder die wirtschaftliche Not, gegen die auch der Nationalismus kein Allheilmittel biete. Man erwarte vom Reich Verständnis für die süddeutschen Verhältnisse und stehe auch treu zu einer Politik, die uns vor dem Chaos bewahrt und aufwärts führt.

buchamts sei nur dann zulässig, wenn dadurch eine wesentliche Ersparnis erzielt wird. Das werde insbesondere der Fall sein, wenn durch die Zusammenlegung von Grundbuchämtern eine Notarstelle oder Hilfsnotarstelle eingespart werden könnte. Im engsten Zusammenhang mit der Aufhebung der kleinen Grundbuchämter steht die Frage der Vereinigung der kleinen Gemeinden auf Grund des Art. 28 der badischen Haushaltsnotverordnung. Man werde abwarten müssen, wieviel kleine Gemeinden miteinander vereinigt werden, bevor die Frage der Aufhebung der kleinen Grundbuchämter weiterbehandelt wird.

* Sturz des französischen Kabinetts

Wenn es auch faktisch nur eine Frage der Formalität war, über welche das Kabinett Laval gestern stürzte, so läßt sich doch nicht verkennen, daß dieser Sturz tiefere Gründe hat. Das neue Kabinett Laval hatte sich ganz und gar der Rechtsmehrheit in der Kammer verschrieben und war schließlich soweit gegangen, eine Wahlrechtsreform einzubringen, deren offensichtlicher Zweck es ist, die jetzige, mehr nach rechts gerichtete Kammermehrheit in ihrer beherrschenden Stellung zu erhalten. Da im Senat die Linke überwiegt, mußte man von vornherein mit Schwierigkeiten rechnen, nachdem die Kammer den Reformentwurf angenommen hatte. Dessen wichtigste Bestimmungen sind: Einführung des Frauenwahlrechts und des Wahlzwangs, sowie Abschaffung der Stichwahl.

Es ist aber auch die Frage berechtigt, ob die Mehrheit des Senats mit der übrigen Politik des Kabinetts Laval einverstanden ist, ob sie vor allem die schroffe Haltung auf dem Gebiet der Außenpolitik billigt. Es gibt eben immer noch in Frankreich eine starke Strömung, der eine Politik der Isolierung nicht erwünscht ist, die vielmehr ein Hand-in-Hand-gehen mit den übrigen Großmächtern, und zwar in erster Linie mit Amerika und England, befürwortet. Das Auftreten des französischen Kriegsministers Tardieu in Genf war bisher so, daß es Frankreich gewiß nur wenig Sympathien bei allen den Nationen verschaffen mußte, die nicht gerade aus Interessengründen im Pariser Fahrwasser segeln.

Der Sturz des Kabinetts erfolgte gestern im Senat. Laval wünschte die Vertagung einer Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung, und er stellte den Antrag, als Verhandlungstag den 26. Februar zu bestimmen. Dieser Antrag wurde mit 20 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Laval gab sich damit nicht zufrieden, sondern ergriff zu derselben Angelegenheit nochmals das Wort, indem er die Senatoren beschwor, mit Rücksicht auf die Außenpolitik jene Vertagung doch noch zu genehmigen, und stellte schließlich die Vertrauensfrage. Eine Korrektur der ersten Abstimmung sollte damit herbeigeführt werden. Ein derartiges, in der Parlamentsgeschichte selten erlebtes Verfahren erregte den Zorn der Mehrheit, und bei der Abstimmung blieb das Kabinett mit 23 Stimmen in der Minderheit. Darauf erfolgte der Rücktritt, den der Präsident der Republik bereits angenommen hat.

Man spricht jetzt von der Bildung eines Kabinetts der Konzentration und nennt als Ministerpräsidenten Namen wie Barthou, Paul-Boncour und Sarraut. Der Wunsch der Senatsmehrheit soll es sein, eine Annäherung zwischen den verschiedenen republikanischen Kammerfraktionen zu ermöglichen. Wie es heißt, seien die Abgeordneten der bisherigen Mehrheitspartei in der Kammer nicht abgeneigt, sich an der Bildung eines Konzentrationskabinetts zu beteiligen.

Ob Deutschland an dem Sturz des Kabinetts Lavals gewisse Hoffnungen knüpfen darf? Die Frage ist schwer zu beantworten. Unter allen Umständen wird wohl mit einer Politik Frankreichs zu rechnen sein, die in der Tonart und in der ganzen Methode des diplomatischen Handelns etwas maßvoller und vorsichtiger auftritt, als die Politik der letzten Wochen, die ganz und gar von Herrn Tardieu beeinflusst war. Sachlich dürfte sich indessen an der französischen Einstellung wenig ändern.

Kritik an der Zinsenkung

Durch die Notverordnung vom Dezember wurde eine Senkung der Gläubigerzinsen angekündigt und für Hypothekenzinsen auch bereits durchgeführt. Das gleiche ist aber nicht für die kurzfristigen Bankzinsen eingetreten. Es wurde zwar der Haben-Zinssatz, d. h. die Zinssätze für die Einlagen, gesenkt, aber nicht die Soll-Sätze, d. h. diejenigen Zinsen, welche die Banken für ihre Kredite fordern. Sie berechnen sich nach wie vor aus Zinsen, die 1 Proz. über dem Reichsbanksatz liegen, also zur Zeit 8 Proz. betragen, und einer Kreditprovision von monatlich ein Sechstel Prozent oder jährlich 2 Prozent, haben also eine Höhe von 10 Proz. pro Jahr.

Das Abkommen mit dem Reichskommissar bringt somit in erster Linie den Banken Vorteile und eine erhöhte Zinsspanne, trotzdem sie die Angestelltengehälter gekürzt haben. Gerade die Bankzinsen sind für die Wirtschaft besonders wichtig. Sie wird auf der einen Seite weiter belastet, während der Anteil für die Sparer, ihre Guthaben zu vergrößern, durch die Senkung der Einlagezinsen verringert wird.

Der Reichsrat hat der Vorlage des Reichsarbeitsministers zugestimmt, wonach im Jahre 1932 die Beschäftigung neu einreisender ausländischer Landarbeiter verboten ist.

Die Kandidatur Hindenburg

Die Zustimmungserklärung

Der Reichspräsident empfing Dienstag vormittag eine Abordnung des Hindenburg-Ausschusses und vollzog die Unterschrift unter den Wahlvorschlag „Hindenburg“. Für den Wahlvorschlag Hindenburg sind bisher über drei Millionen Eintragungen gezählt worden.

Oberbürgermeister Dr. Sahm stellte in einer Unterredung mit Pressevertretern gegenüber Mißdeutungen fest, daß der Anschluß nur auf überparteilichem Wege auf die Wiederwahl Hindenburgs hingestrebt, aber nicht beabsichtigt habe, in die politischen Tagesfragen einzugreifen, oder etwa eine Probeabstimmung für die kommende Präsidentenwahl zu machen, was technisch unmöglich und unangebracht gewesen wäre. Von vornherein sei es klar gewesen, daß man auf diesem Wege nur einen Bruchteil der für Hindenburg zu wertenden Stimmen aufbringen könne.

Die Zustimmungserklärung des Reichspräsidenten zu seiner Kandidatur hat folgenden Wortlaut: „Ich erkläre hiermit, daß ich der Aufnahme meines Namens in den Wahlvorschlag Hindenburg für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.“

Für Hindenburg

Die Staatspartei Badens erläßt folgenden Aufruf: „Die Unterstützung der Volkskandidatur des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg ist vaterländische Pflicht. Allem fleißigen Parteigeist zum Trost muß das deutsche Volk bei dieser Präsidentenwahl seine innere Geschlossenheit bekunden. Hindenburg ist für die Nation das Vorbild der Volksgemeinschaft. Seiner treuen Pflichterfüllung in schweren Jahren muß sich das deutsche Volk dankbar und würdig erweisen.“

Der Bayerische Heimatklub hat anlässlich der Vereinerklärung Hindenburgs zur Wiederannahme der Reichspräsidentenwahl folgendes Telegramm an ihn gerichtet: „Dem Reichspräsidenten, Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem Vater des Vaterlandes, aufrichtigsten Dank des Bayerischen Heimatklubs. gez. Escherich.“

Zum Reichstag trat am heutigen Mittwochvormittag um 11 Uhr der deutschnationale Parteivorstand unter Leitung des Parteiführers Dr. Eugen Berg zu einer aus dem ganzen Reich gutbesuchten Sitzung zusammen. Ob es in dieser Sitzung bereits zu entscheidenden Beschlüssen kommt, hängt noch von den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen innerhalb der Garzburger Front ab.

Gitler sagt in einem Aufruf zu der Kandidatur Hindenburgs, daß die nationalsozialistische Bewegung, getreu ihrem Kampfe gegen das System, diese Kandidatur ablehnen müsse.

Aus den Ländern

Schwere Tumulte im Hessischen Landtag

In der Dienstagssitzung des Hessischen Landtags kam es zu noch nicht erlebten Tumultvorgängen. Als der nationalsozialistische Fraktionsführer in der Angelegenheit des durch einen Schuß schwerverletzten Abg. Buttler eine scharfe Erklärung abgab, kam es zu heftigen Meinungsäußerungen der Rechts- und Linksparteien. Bei den Worten des Staatspräsidenten Dr. Adelung, daß die Regierung ohne Ansehen der Person und Partei stets eingegriffen habe und auch in Zukunft werde und jede Warnung der Nationalsozialisten zurüchweise, drohte es zu Tätlichkeiten zu kommen. Auf die Erklärung eines kommunistischen Redners, der nationalsozialistische Fraktionsführer habe seine Abgeordneten auf dem Platz zu einem anständigen Krach aufgefordert, verließen die Nationalsozialisten den Saal.

W.D. Darmstadt, 17. Febr. (Tel.) In der heutigen Plenarsitzung verlas der nationalsozialistische Fraktionsführer Leuz eine Erklärung über Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in der vom Verlassen des Hessischen Staates gesprochen und das Eingreifen der Reichsaufsicht gefordert wurde. Daraufhin kam es zwischen den Nationalsozialisten, Kommunisten und den Sozialdemokraten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Als der Präsident die Streitenden nicht auseinander zu bringen vermochte, erschien Polizei, die durch Pfuirufe der Nationalsozialisten empfangen wurde. Die Nationalsozialisten riefen dem Innenminister zu: „Wer hat die Polizei geholt? Die Polizeigewalt steht nur dem Präsidenten zu!“ — Schließlich gelang es, die Abgeordneten zum Verlassen des Hauses zu bewegen. Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen.

Der nationalsozialistische Abg. Buttler wurde am Dienstagmittag operiert. Die Knochen splitter wurden entfernt; die Wunde steckt jedoch noch. Die Verletzung ist lebensgefährlich. Das Befinden Buttlers ist sehr ernst.

Ausstellung Hans Adolf Bühler

In den Räumen des Badischen Kunstvereins in Karlsruhe findet zur Zeit eine umfassende Ausstellung von Werken des Karlsruher Malers Professor Hans Adolf Bühler statt. Für die Kritik ist es nicht leicht, der Leistung, die sich hier dem Auge des Betrachters darbietet, gerecht zu werden. Man möchte einem so starken und überzeugenden Künstler, wie es aus den Werken Bühlers spricht, nicht gerne zu nahe treten, man darf aber auch um der Ehrlichkeit des Urteils willen offensichtliche Schwächen nicht verschweigen.

Hans Adolf Bühler ist der echte, deutsche Künstler, der vor lauter innerem Künstlerleben und vor lauter Reflexion nicht zu einer voll befriedigenden künstlerischen Gestaltung gelangt. Über allen seinen Werken hat das Wort zu stehen: Hier wurde die Natur vom Geist befruchtet und nicht, wie es in der Kunst sein sollte, der Geist von der Natur! Immer wieder drängt sich das Allegorische, das Philosophische, das literarisch Beziehungsvolle in den Vordergrund. Und immer deutlicher wird dabei der Gegensatz zwischen Wollen und Können.

Nicht etwa in zeichnerischer Hinsicht! Hans Adolf Bühler ist ein glänzender Zeichner. Eine Tatsache, die dem geschulten Graphologen schon allein bei einer Prüfung der Handschrift Bühlers bewußt wird. Aber Bühler ist kein Maler. Ihm fehlt der Sinn für die Farbe. Sonst könnte er nicht so malen, wie er malt: mit diesen schwarzgrauen und schmutzigen Tönen, mit diesen Hintergründen, die den Reiz der Farbe, wo er sich einmal wirklich hervorwagt (siehe das Bild „Mama“), auffaßt und entwertet.

Und manchmal hören auch im Zeichnerischen Flüchtigkeiten. An demselben Gemälde, etwa an einem Porträt, kann man beobachten, daß der Kopf mit bewundernswürdiger Feinheit des Strichs gezeichnet ist, und die notwendigen Farben mit größter Ehrlichkeit aufgetragen wurden, daß aber andererseits die Hände durchaus vernachlässigt wurden. Man vergleiche damit einmal die besessene Sorgfalt, mit welcher sich die Maler des späten Mittelalters und der Renaissance der Hände ihrer Figuren annahmen, wie sie diese Hände aufs delikateste zu malen mußten. Dennoch sind einzelne Bildnisse von Bühler das Stärkste, was seine künstlerische Begabung bisher zutage gefördert hat. Diese Figuren haben eine vornehme Monumentalität, und sie sind lebensvoll in ihrer schönen Zeichnung und in ihrer packenden Flüssigkeit. Gar nichts anzufangen weiß ich mit dem Bilde des Prinzen Max von Baden. So, wie er hier aufgefaßt und dargestellt ist, mag er vielleicht in spirituellen Kreisen geschätzt werden; in Wirklichkeit sah er anders aus.

Die Allegorie feiert in der ganzen Ausstellung Triumphe. Nicht immer im Dienste wirklich malerischer Kunst, nicht immer im Dienste einer echten Begabung für die Farbe. Dennoch wird man Bilder, wie den „Wieland“ und „Das Menschenpaar“, nur mit innerer Ergriffenheit betrachten können. Sie atmen eine heroische Größe und müssen einen jeden deutschen Besucher dieser Ausstellung im Tiefsten seines Innern berühren. Nicht minder gut ist das große Bild „Die Majer“. Dann daneben wieder Bilder, welche sich so sehr die Grenzen des Bühlerschen Talents zeigen. Da ist zum Beispiel das in kleinerem Format gehaltene Gemälde „Das Fröschlein“. Wie hübsch ist das Tierchen in seiner Bewegung beobachtet, und doch wie unnatürlich, wie gewollt wirkt das Ganse! Und mit welcher geringem kompositorischem Geschick ist das Bild gemalt! Sofort man bei diesen Farben überhaupt noch von Malen sprechen will.

Ganz ausgezeichnet ist eine Plastik von Bühler, „Theophil“ genannt. Ich glaube, diesen Theophil zu kennen. Um so größer ist meine Bewunderung für diese Leistung.

Badischer Teil

Wiedereröffnung des Badischen Landtags

(3. Sitzung)

Bad. Karlsruhe, 16. Febr.

Nach zwoöchiger Pause trat heute bei gutbesetztem Hause und Tribünen das Plenum des Landtags zur 3. öffentlichen Sitzung zusammen.

Präsident Duffner eröffnete gegen 4 Uhr die Verhandlungen mit dem Hinweis, daß die Einberufung des Landtags früher erfolgt wäre, wenn nicht die Vierte Notverordnung eine Umarbeitung des Voranschlags hinsichtlich der Beamtengehälter bedingt hätte.

Der Voranschlag sei in etwa 14 Tagen zu erwarten.

Der Präsident teilt dann mit, daß er den Präsidenten des Ob. Oberkirchenrats, D. Wurth, zu seinem 70. Geburtstag beglückwünscht habe. Er widmet anschließend dem heimgegangenen Erzbischof Dr. Carl Fritz tiefempfundene Worte des Gedenkens und der Verehrung. Er erinnerte an das kleine schlichte Testament des Kirchenfürsten, das seine ganze Persönlichkeit charakterisiere, und sprach dem katholischen Volkswelt wie dem Metropolitankapitel die herzliche Teilnahme des Landtages aus. (Während dieser Ansprache hatten sich die Abgeordneten von den Sänen erhoben.)

Überaus groß ist die Zahl der neuen Eingänge an Regierungsmitteln, Anträgen und Gesuchen.

Die Kommunisten haben den Antrag eingebracht, daß die Straffhaft des Abg. Böning während der Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird. Er soll gleich im Plenum mitterhandelt werden.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) erhebt scharfen Protest gegen das vom Innenminister gegen ihn erlassene Redeverbot.

Es folgt die Erlebigung von

Kurze Anfragen

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) stellt den Antrag, eine neue Sitzung anzuberaumen mit der Tagesordnung: Misstrauensvotum gegen die Regierung.

Abg. Bod (Komm. P.) unterstützt den Antrag, der mit allen gegen 12 Stimmen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt wird.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet namens des Geschäftsausschusses Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.) über die

Prüfung der Landtagsrechnung für 1929

die ohne Debatte bei 7 Stimmenthaltungen der Opposition zur Kenntnis genommen wird.

Es folgt der Bericht des Abg. Kuhbaum (Sozdem.) über den kommunistischen Antrag auf

Aufhebung der Straffhaft des Abg. Böning

Der Geschäftsausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abg. Bod (Komm. P.) begründet den Antrag, die Straffhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben.

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.) ist der Auffassung, daß man den Abg. Böning der Ausübung seines Mandats nicht entziehen sollte, zumal er nahezu drei Viertel der viermonatigen Gefängnisstrafe verbüßt habe.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) erhebt scharfen Protest gegen das Gleichfalls zu.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit im Sinne des Ausschussesantrages.

Interpellationen

Es folgt die Begründung der nationalsozialistischen förmlichen Anfrage betr.

Parteiliche Befetzung von Beamtenstellen in Baden

Sie gründet sich auf eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ über Verprechungen, die anlässlich der Stützungsverhandlungen für das Kabinett Brüning dem Obg. Volkssdienst gemacht worden seien und die nach Ansicht der Nationalsozialisten ein Eingeständnis der zuständigen Stellen enthielten, daß in Baden parteipolitische Grundzüge bei der Stellenbesetzung seither maßgebend waren.

In der Antwort der Regierung wird die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ als unzutreffend bezeichnet, weshalb es sich erübrige, auf die Anfrage weiter einzugehen.

Abg. Krülein (Ev. Volksp.) stellt fest, daß seiner Gruppe nie Verprechungen im Sinne der nationalsozialistischen Anfrage gemacht worden seien.

Abg. Bauer (D. Nat.) vermißt eine Antwort auf Punkt 3 der Anfrage betr. die Beamtenrechte. Die Haushaltsnotverordnung habe einen schweren Eingriff in diese Rechte gebracht.

Es sei nicht zu verstehen, daß seitens der Unterrichtsverwaltung Direktoren vorzeitig pensioniert werden sollten. Der Redner lehnt sich dafür ein, daß die Kriegesbeschädigten und Kriegsteilnehmer mehr Rücksicht finden.

Abg. Hermann (Wirtschft.) wendet sich aufs schärfste gegen die Behauptung des Abg. Köhler, daß seine Partei „gelacht“ worden sei. (Zwischenrufe der Nationalsozialisten. Abg. Köhler wird nachträglich zur Ordnung gerufen.)

Abg. Ernst Kraft (Sozdem.) beschäftigt sich mit der „nationalsozialistischen Beamtenpolitik“.

Staatspräsident Dr. Schmitt

erklärt: Die Behauptung, daß bei der Stellenbesetzung in Baden Bevorzugungen aus parteipolitischen und konfessionellen Gründen erfolgt wären, muß ich mit aller Entschiedenheit als unwahr zurückweisen. Ich könnte aus meiner Tätigkeit als Unterrichtsminister Fälle anführen, aus denen hervorgeht, daß für den evangelischen Volksteil kein Grund zur Klage über Zurücksetzung besteht. Lediglich die sachliche und sachliche Eignung ist für die Beförderung maßgebend. Was in Punkt 3 der Anfrage bemängelt wird, ist nichts anderes als die konsequente Folge des Spargutachtens und der Landtagsbeschlüsse.

Abg. Dr. Person (Zentr.) setzt sich mit den Nationalsozialisten auseinander.

Abg. Dr. Waelin (D. Dem. P.) behandelt die Beamtenfragen von der grundsätzlichen Seite. Er lehnt Parteibeamtene als die einen gut vorgebildeten Berufsbeamten nicht ersehen können. Die Zentralkassen dürften sich Einwirkungen von außen nicht zugänglich zeigen. Vom Beamten müsse man eine positive Einstellung zum Staate verlangen. Es gebe Beamte, die in einer faulen glaublichen Art und Weise gegen den Staat hielten.

Es folgt das Schlusswort des Abg. Köhler (Nat.-Soz.), begleitet von lebhaften Zwischenrufen und zeitweiser großer Unruhe im Hause.

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Kommunisten betr.

die Winterbeihilfe

durch den Abg. Klausmann.

Ministerialrat von Babo erwidert, daß die Durchführung der kommunistischen Forderungen 5 bis 6 Millionen erfordern würde, die dem Staat aber nicht zur Verfügung stehen.

Das Wort zur Aussprache wird nicht verlangt.

Nach 20 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Tumult in der heutigen Landtagsitzung

Bad. Karlsruhe, 17. Febr.

Gegen Schluß der heutigen Landtagsitzung gab Abg. Gilbert (Zentr.) eine scharfe persönliche Erklärung gegen die Nationalsozialisten ab. Er wandte sich gegen Angriffe aus den nationalsozialistischen Reihen, die gestern auf seinen Ruf: „Gitler ist österreichischer Deferteur“ gefallen sind.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) erwidert mit einer gleich scharfen Entgegnung. Es entsteht im Hause ein ungeheurer Tumult.

Der Präsident schwingt die große Glocke. In dem Augenblick, als die Abgeordneten den Saal verlassen wollten, verweist der Abg. Herbert Kraft (Nat.-Soz.) dem Abg. Gilbert eine Ohrfeige. Es kam zu weiteren Tätlichkeiten, bei denen beide Abgeordnete zu Boden stürzten. Aus dem sich bildenden Aufruhr konnte man nur noch sehen, wie der nationalsozialistische Abg. Wagner auf eine Bank zurückgeworfen wurde. Durch das Dazwischentreten von anderen Abgeordneten wurden weitere Handgreiflichkeiten verhindert.

Unter großer Erregung ging das Haus gegen 2 Uhr auseinander.

Eingänge

Die Regierung hat dem Landtag das Verzeichnis der in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 bewilligten außerplanmäßigen Ausgaben zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. Es handelt sich dabei um die Beschaffung von Sonderwagen für die Polizei, die aus sicherheitspolizeilichen Gründen notwendig wurde und den Betrag von 150 000 RM erforderte; ferner sind erwähnt die Reichsüberweisung an die Stadt Mannheim für Verbesserung der Zufahrt der Rheinbrücke auf Mannheimer Seite mit 190 000 RM und die Reichsüberweisung aus der Reichswirtschaftsliste 1930 zur Förderung des gewerblichen und kaufmännischen Fachschul- und Fortbildungswesens mit 80 000 RM, insgesamt also 420 000 RM.

Weiter ist dem Landtag das Verzeichnis der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtages 1930/31 und dem Zusammentritt des Landtages 1931/32 erteilten Administrativkredite zugegangen. Es handelt sich hierbei um Reichsüberweisungen an das Ministerium des Innern zur Änderung der besonderen Notlage auf wirtschaftlichem Gebiete, in welche die westlichen Bezirke Deutschlands durch die langjährige Besatzung und die neue Grenzziehung geraten sind. Es kommen in Frage 395 000 RM für Gewerbe, Handel und Handwerk, 330 000 RM für Landwirtschaft und Ernährung, zusammen also 725 000 RM.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der Maßnahmen gegen steuerliche Belastung und gegen Verflechtung von Vermögenswerten fordert. In einem weiteren Antrag der gleichen Fraktion wird die Regierung erzuht, das absolute Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden mit sofortiger Wirkung wieder einzuführen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden soll, daß bei behördlichen Zeitungsverboten das technische Personal keinen materiellen Schaden durch stilllose Kündigung u. v. m. erleidet.

Unter der großen Zahl von Gesuchen befinden sich solche der Stadtgemeinde St. Blasien wegen Wiederaufnahme des Betriebes im Horbacher Bergwerk, der Arbeitsgemeinschaft des badischen Neubaueswesens zwecks Ergründung von Maßnahmen zum wirtschaftlichen Schutz des Neubaueswesens und der Vereinigung der Diplomingenieure an Fachschulen und der Landesvereinigung badischer Gewerbebauingenieure wegen der Notlage der Jungassessoren an Gewerbeämtern. Ferner liegen Gesuche einer Reihe von Verbänden vor, die sich auf die Notlage in der badischen Walz- und Forstwirtschaft, in der Wohnungsbauwirtschaft und auf dem Gebiete der Kunst beziehen. Ein Gesuch der badischen Ärztekammer und der ärztlichen Landeszentrale für Baden setzt sich für Aufhebung der Gewerbevertragssteuer für die badische Ärzteschaft ein. Dem Reichsausschuss zur Behandlung überwiegen wurden des weiteren Gesuche des Verbandes badisch-pfälzischer Zimmermeister wegen Abänderung der Landesbauordnung, der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels zwecks einheitlicher Regelung der Feiler des Verkaufstages im Reich, sowie des Vereins ehemaliger Polizeibeamter Badens um Abfindung bzw. WiederEinstellung ehemaliger Polizeibeamter.

Oberlandesgerichtspräsident Zugenheger 66 Jahre alt

Am 18. Februar vollendet Oberlandesgerichtspräsident Karl Zugengeiger sein sechzigstes Lebensjahr. Er ist im Jahre 1872 in Gutach geboren. Nach Abschluß des Gymnasiums in Heidelberg studierte er an den Universitäten Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaft. Im Jahre 1894 hat er die erste, im Jahre 1898 die zweite juristische Prüfung bestanden und wurde 1899 als Ministerialsekretär im Justizministerium planmäßig angestellt. 1900 zum Amtsrichter, 1905 zum Oberamtsrichter in Karlsruhe ernannt, wurde er 1906 Rat am Karlsruher Landgericht. Als solcher hat er mehrere Jahre das Amt eines Untersuchungsrichters bekleidet. 1912 erfolgte seine erstmalige Berufung in die Prüfungskommission für die zweite juristische Prüfung, deren Vorsitzender er seit 1928 ist. 1914 zum Oberlandesgerichtsrat befördert, wurde er 1924 Senatspräsident und 1930 als Nachfolger des verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten Bernauer Oberlandesgerichtspräsident.

Oberlandesgerichtspräsident Zugengeiger gehört als oberster badischer Richter und Vorsitzender des Prüfungsausschusses für die zweite juristische Prüfung zu den bekanntesten und angesehensten badischen Beamten. Er ist nicht nur ein Jurist von hervorragendem Scharfsinn, außerordentlichem Wissen und ebenso außerordentlichem Arbeitskraft, sondern auch ein Richter von vorbildlichem Pflichtgefühl, sozialem Urteil und festem, unbeeinträchtbarem Gerechtigkeitssinn. So vereinigen sich bei ihm besondere Gaben des Verstandes, des Willens und des Charakters zu seltener Einheit und lassen ihn als einen Vertreter des Richtertums im besten Sinne des Wortes erscheinen. Alle, die diesen ausgezeichneten Mann kennen, werden ihm zu seinem sechzigsten Geburtstag alles Gute wünschen und der Hoffnung sein, daß er noch recht lange in seinem verantwortungsvollen Amte der badischen Rechtspflege erhalten bleibe.

Der Justizminister hat an Oberlandesgerichtspräsident Zugengeiger aus Anlaß seines sechzigsten Geburtstages ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben, in dem er seiner hohen Verdienste mit Anerkennung gedenkt, gerichtet.

Aus der Landeshauptstadt

Inmitten der Gattenordnungsverurteilung des Schwurgericht nach 15tündiger Verhandlung den Angeklagten Schnaiter in später Nachtstunden wegen Totschlages unter Zubilligung mildernden Umstände zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren. Vier Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. — Aus dem weiteren Verlauf der Verhandlung ist noch zu erwähnen, daß die zunächst als Zeugen vernommenen Eltern der Ehefrau Schnaiter beklagten, sie seien vor Schnaiter verheiratet und daher gegen die Ehe ihrer Tochter mit ihm gewesen. Mehrere Freundinnen der Verstorbenen gaben an, daß diese schon lange vor ihrem Tode von Bedrohungen durch ihren Mann erzählt habe. Ein weiterer Zeuge gab an, daß der Bruder des Angeklagten dessen Frau ständig mit unflätlichen Äußerungen belästigt habe, weshalb sie eine Wut auf ihren Schwager gehabt habe. Zum Schluß der Beweisaufnahme wurden zur Entlastung des Angeklagten noch dessen Brüder vernommen. Die ärztlichen Sachverständigen verneinten die Anwesenheit des § 51. In seinem Plädoyer hielt der Staatsanwalt seine Anklage auf Totschlag aufrecht und beantragte, den Angeklagten unter Verja hrung mildernden Umstände zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren zu verurteilen und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen. Der Verteidiger des Angeklagten bat das Gericht, den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen, denn es liege hier lediglich Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode vor.

Politischer Zusammenstoß. Gestern Abend wurden einige Nationalsozialisten, die sich auf dem Weg zu einer Versammlung im Weiserafeld befanden, in der Weiserafeld von einer größeren Schar von politischen Gegnern angehalten und mißhandelt. Eine Großtruppe der Polizei, die unmittelbar darauf die Stelle passierte, nahm vier Personen als vermutliche Täter fest und brachte sie nach der Wache Weiserafeld. Sie wurden später wieder auf freien Fuß gesetzt, da die Gegenüberstellung mit den Verletzten ihre Täterschaft nicht ergab.

Badisches Landestheater. Als ein musikalisches Ereignis von hoher Bedeutung dürfte sich die am Sonntag, den 21. Februar, stattfindende Erstaufführung des dreiteiligen Dramas für Musik „Das Herz“ von Hans Fißner erweisen. Hans Fißner-Mons ist der Dichter der dramatischen Fabel. Das

Berk wird unter der Stadtführung von Josef Seip zur Auf führung gelangen.

In den Schaufenstern des Kunsthauses Büchle, Joh. W. Bertsch, Ludwigsplatz, fesseln zur Zeit Jagd- und Landschafts-motive von Otto Fikentscher, Grözingen, jeden Passanten. Eine Anzahl hervorragender Zeichnungen großen Formats, sowie die Gemälde zeigen von der Vertrautheit des Künstlers mit Tier und Natur. Prof. Göhler ist mit einer herrlichen Winterlandschaft aus dem Engadin und einer schönen Parklandschaft aus Versailles gut vertreten. Otto Walther zeigt eine kleine Kollektion Stillleben und Porträts, die in Form und Farbe von gutem Empfinden Zeugnis geben. Das Kunsthaus zeigt ferner erstklassige Graphik und Reproduktionen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Das Wetter ist jetzt wieder fast im ganzen Lande wolkenlos. Die Temperaturen gingen daher nachts erneut stärker zurück und erreichten in tiefen Lagen bis zu 5 Grad unter Null. Eine Abänderung der Wetterlage ist für morgen nicht zu erwarten, da der hohe Druck sich über England behauptet. — Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Neuze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 17. Febr. Unter dem Verdacht der Brandstiftung sind nach der „Frankf. Ztg.“ die drei Inhaber der Emailwarenfirma Freiberg, Gebirgs Strauß, verhaftet worden. Es scheint, daß die Behörden den Verdacht hegen, daß die Verhafteten den Brand ihres dreistöckigen Lagerhauses in der letzten Woche selbst verurteilt hätten. Das Großfeuer, das ein verpacktes Malzereigebäude der Eichbaum-Berger-Brauerei vernichtete, war eines der größten seit Jahren und konnte nur durch Heranziehen sämtlicher Mannheimer Fabrikfeuerwehren und der Ludwigsbafener Berufsfeuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden.

W. Forzheim, 16. Febr. Wie der Polizeibericht meldet, mußte die gestern Abend in der Wirtschaft zum „Kaiserhof“ abgehaltene Versammlung der Mittelstandsgruppe aufgelöst werden, da Angehörige der NSDAP immer wieder zu Säulen verführten. Zu Ausschreitungen kam es nicht. — Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten wurden die für Dienstagabend im Stadt Saalbau und Bürgerbräu in Forzheim in Aussicht genommenen Versammlungen der Ortsgruppe Forzheim der NSDAP verboten.

W. Ettlingen, 17. Febr. Am Montagmittag stürzte der 15jährige Schüler Kurt Kahler, der Sohn des Kriegsbeschädigten Johann Kahler, beim Toben, an dessen Folgen er inzwischen in Karlsruher Bismarckhaus gestorben ist. Der Junge hatte den sog. „Bauchprüger“ gemacht und war gegen einen Randstein gestoßen. Ein dargekommener operativer Eingriff konnte ihn nicht mehr retten.

W. Sintergarten, 16. Febr. Senatspräsident i. R. Dr. Heinrich Koening konnte am Samstag in seltener geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Reichspräsident von Hindenburg, die Reichsregierung, sowie die preussische und die badische Regierung haben dem Jubilär Glückwunschscheine übersandt. Koening ging aus der badischen Justiz hervor. Er wurde zunächst Reichsgerichtsrat und später Präsident eines Zivilsenates des Reichsgerichts. Den Krieg 1870/71 und den Krieg 1914/16 machte er als Kriegsfreiwilliger mit.

W. Saig (bei Reutstadt i. Schw.), 17. Febr. Am Sonntag trafen Bürgermeister und Gesamtgemeindevorstand von Schluchsee hier ein, um Herrn Paul Falter die Ehrenbürgerurkunde der Gesamtgemeinde Schluchsee zu überreichen. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Falter erfolgte wegen seiner außerordentlich großen Verdienste, die er sich bei den Verhandlungen mit dem Schluchseevert um lebenswichtige Interessen Schluchsees erworben hat.

Kleine Chronik

Der 27jährige Artillerieleutnant Gauß aus Halberstadt wurde bei einer Rode durch den Munitionsschuppen in den bei Halberstadt gelegenen Befensbergen von einem Nachschuß nicht erkannt und tödlich angeschossen.

Wie aus Ismael (Rumänien) gemeldet wird, hat sich im Donaualta eine gewaltige Naturkatastrophe zugetragen. Infolge einer Wasserstaung ist eine gewaltige Flutwelle auf die niedrig gelegene Gemeinde Balcov niedergegangen. Die Bevölkerung mußte bei 30 Grad Kälte auf den benachbarten Höhen Zuflucht suchen. Mehr als 400 Personen sollen mit schweren Frostschäden in die Krankenhäuser eingeliefert worden sein.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

In Düffelbüttel versuchten die Kommunisten am Dienstag gegen Hitler-Kundgebungen zu demonstrieren, wobei es zu Zusammenstößen kam. Einige Beteiligte erlitten Stich- und Schußverletzungen. Die Polizei nahm rund hundert Personen fest. Das Parteihaus der Kommunisten wurde vorübergehend polizeilich besetzt.

Bei verschiedenen Mitgliedern der amerikanischen Ab rüstungsdelegation in Genf sind Einbrüche verübt worden. Die Täter haben vergeblich nach politischen Dokumenten gesucht.

Handel und Wirtschaft Devisennotierungen der Reichsbank

	17. Februar		16. Februar	
	Gold	Weise	Gold	Weise
Amsterdam 100 G.	170.43	170.77	170.33	170.67
Kopenhagen 100 Kr.	79.82	79.98	79.82	79.98
Italien . . . 100 L.	21.88	21.92	21.84	21.88
London . . . 1 Pf.	14.49	14.53	14.49	14.53
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.59	16.63	16.59	16.63
Schweiz . . . 100 Fr.	82.17	82.33	82.14	82.30
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar 1932 hat sich in der zweiten Februar-Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 120,9 Millionen auf 4155,2 Millionen Reichsmark, derjenige an Kassenbankscheinen um 3,5 Millionen auf 408,5 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 2,2 Millionen auf 1072,9 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,3 Millionen auf 928,7 Millionen Reichsmark zugenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,5 Millionen auf 144,2 Millionen Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 25,8 Proz. gegen 25,1 Proz. in der Vorwoche.

Preußen und Börseröffnung. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat den Börseröffnungen mitgeteilt, daß er mit der Abhaltung von Versammlungen der Wertpapierbörsen nunmehr einverstanden sei. Dabei soll jedoch zunächst von amtlichen Kursfestsetzungen abgesehen werden. Des weiteren erscheine es notwendig, daß der Wertpapierverkehr sich nach der langen Dauer der Schließung in der nächsten Zeit unbeeinträchtigt von Fländerationen von Wertpapieren (Kombardeffekten) entwickle. Es sollen daher vor der Wiederaufnahme der Börseröffnungen die Beschlüsse der Berufsvereinigungen des Bankgewerbes veranlaßt werden, nach denen sie sich für ihre Mitglieder verpflichten, Fländerationen im Börserverkehr vorläufig nicht vorzunehmen.

Steuerfreie Reichsbahnleihe 1931. Die Einzahlungen auf die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931, deren zweite Rate bis zum 15. Februar zu leisten war, haben nunmehr eine Höhe von 89,1 Millionen Reichsmark erreicht, das sind rund 28,1 Millionen Reichsmark mehr, als der fällige Betrag insgesamt ausmachte, nämlich 85 Proz. des gesamten Zeichnungsbetrages, der sich in der vorigen Woche auf 244,1 Millionen Reichsmark stellte.

Verlegung der Badischen Bank von Mannheim nach Karlsruhe. Auf der Tagesordnung der auf den 7. März nach Mannheim einberufenen Generalversammlung der Badischen Bank steht neben der Erledigung der Regularien die Überverlegung von Mannheim nach Karlsruhe. Das die Majorität ausmachende Aktienpaket ist feinerzeit von der D.D.-Bank an den badischen Staat übergegangen.

Infolong eines Bankgeschäftes in Kornberg. Die Kornberger Kreditbank von A. Finkelt hat ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Größere Verluste und die Entziehung des offenen und Wechselkredits seitens der Großbanken haben die Infolong verursacht.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Staatsministeriums
Ernannt:
Oberlandesgerichtsrat Ernst Demling zum Mitglied des Kompetenzgerichtshofs.

Badische Bank

Die Aktionäre werden hiermit zu der am
Montag, den 7. März 1932, 12 Uhr mittags,
in unserem Bankgebäude in Mannheim stattfindenden
62. ordentl. Generalversammlung
eingeladen.

Tagesordnung:
1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrech nung auf 31. Dezember 1931 nebst Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Beschlufsfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1931 sowie die Entlastung des Aufsichtsrats und Vorstandes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Änderungen der Satzung:
§ 2 Satz 1 | Siperlegung nach Karlsruhe.
§ 8 Absatz 5

Ferner Änderung der Satzung auf Grund der Reichsnotverordnung vom 19. September 1931 über Aktienrecht.
§ 8 Absatz 2: Beschlufsfassung in der Generalver sammlung.
§ 16 Absatz 2 | Einberufung der Aufsichtsrats sitionen und Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrats.
§ 23 Ziffer 4

Wieder in Kraft setzen:
der §§ 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 23 der Satzung.

Die Ausübung des Stimmrechts in der Generals versammlung ist davon abhängig, daß die Aktionäre spätestens am dritten Werktage vor der Generalver sammlung, also am 3. März 1932, bei der Gesellschaft oder ihrer Zweigniederlassung oder bei den in dieser

Bekanntmachung bezeichneten Stellen ihre Teilnahme anmelden und die Aktien hinterlegen, oder die Bescheinigung eines Notars über die bei ihm erfolgte und bis nach Abhaltung der Generalversammlung dauernde Hinterlegung der Aktien einreichen.

Hierüber wird den Aktionären von der Anmeldestelle eine Bescheinigung ausgehellt, die zum Nachweis des Stimmrechts in der Generalversammlung vorzuweisen ist.

Die Anmeldung kann erfolgen:
In Mannheim bei der Badischen Bank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim
Karlsruhe bei der Badischen Bank
Berlin bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und der Bank des Berliner Kasienvereins
Frankfurt bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe.

Karlsruhe, den 15. Februar 1932.
Der Vorstand.

Bei der Bayer. Auslandsdeutschtums-Geldlotterie
(veranstaltet vom Clareiner Missionssolleg, Weihenhorn) Ziehung 30. Januar 1932, wurden unter den für Baden genehmigten und verkauften Lose folgende Nummern gezogen: Mit 100 Mk.: Nr. 59 559; je 50 Mk.: Nr. 2 158, 59 540; je 20 Mk.: Nr. 21 526, 73 439, 115 976; je 10 Mk.: Nr. 2 139, 18 947, 21 215, 61 876, 73 438, 106 969, 177 572; je 5 Mk.: Nr. 2 256, 2 738, 21 057, 21 534, 59 291, 59 530, 59 645, 59 820, 61 417, 61 595, 61 932, 61 933, 73 613, 115 400, 177 926, 188 140, 188 150, 188 947, 191 018, 191 295; ferner mit je 2 Mk. alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 299, 388, 970; mit je 1 Mk. mit den dreistelligen Endzahlen 119, 136, 145, 150, 156, 158, 168, 211, 256, 307, 321, 327, 331, 384, 407, 510, 529, 530, 535, 546, 571, 584, 623, 667, 737, 797, 822, 886, 902, 905, 908, 943, 956, 958.

(Ohne Gewähr.)
R. 710

Kunsthaus Büchle

hat z. Z. ausgestellt
L. 711
O. Fikentscher, Grözingen
Prof. Göhler, Karlsruhe
O. Walther, Karlsruhe
Ludwigsplatz

R. 832. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Firma Josef Schor, Zigarrenfabrik in Dettringen, Alleinhaber Josef Schor, Fabrikant in Dettringen, wurde heute mittag 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Reimmuth in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 11. März 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigersauschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Freitag, den 18. März 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, i. Stod. Zimmer Nr. 1. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung

Günterstal - Straße nach Anmeldung, erstmals am 16. Februar, A 824 Reichsbahn-Neubauamt Freiburg i. Br., Wilhelmstr. 48.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 18. Febr. 1932
* D 20 (Donnerstagmiete) Zb.-Gem. 1301—1400

Losca
Von Buccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Krusch
Mitwirkende:
Haberborn, Reich, Dörich, J. Gröninger, Gospach, Kuhnbach, Löfer, Pentwig, Dörner
Anfang 20 Ende 22½
Preise D (0,90—5,70 Mk)
Fr. 19. 2. Die Heirat wider Willen. Hierauf: Der Rifanthrop. So. 20. 2. Kapon oder Die hundert Tage. So. 21. 2. Nachm.: Hannels Himmelfahrt. Abends: Zum erstenmal: Das Herz. Im Aufh.: Keine Vorstellung

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 7

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 40

17. Februar 1932

„Kaspar Haußers Ende“

Von D. S. Maedel, Frielendorf (Bez. Kassel)

II. (Schluß)

Mit größter Gründlichkeit rückt in drei Kapiteln Dr. Engel dem Prinzenmärchen zu Leibe, das denn auch unter seiner wuchtigen Beweisführung zerplatzt wie eine Seifenblase. Durch eine richtige Beleuchtung Feuerbachs und seiner Schriften, ist diesem Bahngelübde ja schon die Hauptstütze entzogen, alle anderen vermeintlichen Stützen aber der bloßen Hypothese — denn etwas anderes war es nie — sind leicht eingerannt, wenn man nur zeigt, nach welchem System sie aufgestellt wurden. Zu aller Zeit hat der Satz gegolten und wird er gelten: Wer behauptet, der muß beweisen. Nur bei der Prinzenlegende, die sonst nie hätte zustande kommen können, hat man — Feuerbach als erster — ein ganz anderes Verfahren eingeschlagen: man stellte Behauptungen auf, meist die blödesten, weitest hergeholt, oder gar Verdächtigungen und Beschuldigungen, dachte aber gar nicht daran, das, was man behauptet hatte, auch zu beweisen, sondern — verlangte von den Beschuldigten vielmehr eine Rechtfertigung, Widerlegung oder den Beweis des Gegenteiles, der vielfach gar nicht zu liefern war. War es aber doch einmal möglich und machte man sich die Mühe, dann standen die Betroffenen meist da, wie die begoffenen Budel.

Der Sache Fernerstehende werden dies für übertrieben halten, und so muß ich an einem Beispiel zeigen, was in dieser Beziehung noch in neuester Zeit geleistet wurde.

Das Interesse an Kaspar Hauser, das zu Beginn dieses Jahrhunderts fast ganz eingeschlafen war, begann plötzlich 1908 wieder aufzuwachen, zu blühen und zu gedeihen, wie — eine Rose von Jericho im Zeichen des Wassermanns, nämlich durch den bekannten Roman des Schriftstellers dieses Namens, aus dem die meisten Hauser-Gläubigen von heute ihr ganz falsches Wissen bezogen haben. Denn Wassermanns Roman ist alles andere als geschichtlich, was aber nicht hindert, daß Jakob Wassermann bei der wieder sehr groß gewordenen Hauser-Gemeinde als Autorität gilt. Diese Autorität also behauptete, als vor etwa sieben Jahren der letzte große Hauser-Nummel begann, durch die vermeintliche Entdeckung von Haußers Kerker durch die Schriftstellerin Klara Hofer, in einer großen Zeitung, es sei ihm gelungen, gewisse Dokumente, die sich auf Haußers Prinzentum und seine Ermordung bezögen und die sich einer Andeutung nach im Wiener Archiv befinden sollten, aufzuspiüren, und man könne deren demnächstige Veröffentlichung erwarten. Der Kerker in Pilsach (Obpf.), den ich selbst besichtigte, verfiel bei mir nicht und ich habe auch damals zur Genüge dargetan, daß Hauser in dem betreffenden Gefäß ebensowenig gefangengehalten worden ist, wie Frau Hofer selbst, ich muß jedoch gestehen, daß mich die so bestimmt gegebene Versicherung Wassermanns etwas stutzig machte. Die angekündigte Veröffentlichung ließ allerdings vergeblich auf sich warten, dahingegen mußte es einem doch von neuem sehr zu denken geben, daß noch vor 6 Wochen, am 31. Oktober 1931, die „Berliner Illustrierte Zeitung“ ihre Million Leser belehrte, das Kaspar-Hauser-Geheimnis sei jetzt entschlüsselt, und die noch fehlenden Urkunden über diese badische Prinzenräubdie lägen, nach neuer (!) Mitteilung Wassermanns seit

kurzem im ehemals kaiserlichen Archiv in Wien. Und was ist nun des Budels Kern bei dieser strikten Behauptung, die doch auch eine starke Beschuldigung des jetzt regierenden badischen Fürstenhauses enthält? Man höre und staune: Prof. Engel hat sich die Mühe gemacht, beim Wiener Staats-Archiv Erkundigungen einzuziehen, und die folgende Antwort bekommen: „In Beantwortung des sehr geehrten Schreibens vom 4. d. M. beehrt sich die unterzeichnete Archivdirektion mitzuteilen, daß die Behauptung der „Berliner Illustrierten Zeitung“, die Beweisurkunden für die Prinzenhaft Kasparas Haußers und für seine Ermordung seien im Wiener Staatsarchiv aufbewahrt, ebenso unrichtig ist, wie die ähnlichen Angaben Jakob Wassermanns, die 1924 in der „Bosnischen Zeitung“ gemacht worden sind. Die Direktion: Wittner. Wien, den 6. November 1931. Was soll man zu solchen Dingen sagen —!“

In dem Kapitel „Die Haußerei in den letzten 60 Jahren“, fordert Dr. Eduard Engel alle die Personen vor den Richterstuhl der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes, die bis in die allerneueste Zeit mit ihren Hauser-Schriften einen heilloßen Unfug angerichtet haben. „Denn — sagt er — man steht entsetzt vor einer solchen, in der Geistesgeschichte nie zuvor gesehenen, Erscheinung. Menschen, die sich in ihrem eignen Leben, so viel man weiß, ehrenhaft benommen haben, tragen kein Bedenken, jeden Menschen, den sie willkürlich mit der Haußerei, besonders mit Haußers Tod, in die entfernteste oder auch gar keine Verbindung bringen können ... der schrecklichsten Verbrechen zu beschuldigen, ohne sich zu dem kleinsten Beweise verpflichtet zu fühlen.“ Aber „allzulange hat man Schonung geübt mit den grauflüchlichen Tollheiten der Hauser-Gemeinde; es ist Zeit, daß dieser Schandfleck deutscher Geschichte für immer gestilgt werde!“ Denn „in dieser behaglichen Welt der Verbrechen lebt die Hauser-Gemeinde seit 100 Jahren, und in den letzten 25 Jahren hat diese Verbrecherfamilie, dank der Graphologie und einer spürsinnigen Frau, eine nie geahnte Ausdehnung gewonnen: sie dehnt sich über den größten Teil Europas.“ Und nun bekommen sie alle die Leuten gelesen: Klara Hofer — Damen haben immer den Vortritt —, der inzwischen verstorbenen Hamburger Rechtsanwältin Dr. Wartning, der Studienrat Dr. Wies, Gaarbrüder, Dr. Bagler, Leipzig, ein Dr. Fritz Klee, Wassermann natürlich, die verschiedenen Graphologen usw. — man muß dies alles unbedingt selbst lesen, schon allein um die auf diese unerhörte öffentliche Blamage hin zu erwartende Reaktion gebührend würdigen zu können.

Einen letzten kleinen Krampf glaubten die Hauser-Gläubigen noch auszuspielen zu können durch die Feststellung, daß — entgegen Dr. Engels Angabe — der Student Schumann nach Haußers Tod doch gerichtlich vernommen worden sei. Dr. Engel hat sich tatsächlich hier geirrt, seinen Irrtum aber in einem Nachtrag, der der 4. Auflage seines Buches beigegeben wurde, bereits berichtigt. Nach Beutel und Zettel ist Schumann nicht befragt worden, daß er, der Sohn eines Appellationsrates, aber vorzog zu schweigen, wenn er nicht reden mußte, erklärt sich leicht durch ein Schreiben des Ministers v. Wallerstein an den Ansbacher Regierungspräsidenten, in dem es wörtlich heißt: „Die Ansicht, als habe sich Hauser selbst

getötet, ist nicht nur falsch, sondern lächerlich. Es ist daher absolut nötig (!), daß Euer Erzellenz kein Wurzel schlagen dieses Glaubens dulde.“

Die Freude, Dr. Engel eine „Fälschung“ vorwerfen zu können, die „den ganzen Inhalt seines Buches als nichtig erscheinen“ lassen müsse, sollte jedoch nur von ganz kurzer Dauer sein. Wie ein kalter Wasserstrahl wirkte die Kunde, daß auf Engels Buch hin die erste Selbstbiographie Haußers mit Beglaubigung der Echtheit von Dauers eigener Hand, die 90 Jahre lang verschollen war, wieder aufgetaucht sei. Der Hauptschriftleiter der Fränkischen Zeitung, Herr Georg Feidingsfelder, hat das Manuskript bei Dr. Engel selbst untersucht und erklärt am 4. Dezember in seinem Blatte, in dem von jeder die Prinzengläubigen vorzugsweise zu Wort kamen, mit dankenswerter Offenheit, daß nunmehr auch nicht mehr der leiseste Zweifel bestehen könne, daß Hauser ein ganz durchtriebener Schwindler gewesen sei. Die Handschrift ist nämlich nicht nur durchaus dieselbe, wie in dem von Hauser mitgebrachten Empfehlungsbrief, es stimmen sogar ganze Worte in der Schreibweise haarfärsch, für jedermann deutlich ersichtlich, überein. Und so wird man mit der Überschrift über einen Hauser-Artikel in einer großen süddeutschen Zeitung in Zukunft stets sagen: „Und er war doch ein Schwindler!“

Ist nun der Streit um Hauser wirklich für alle Zeit beendet? Ich will es gern hoffen; denn ich für meine Person habe schon seit langem genug davon. Und so bin ich auch der letzte, der die Sache noch weiter ausdehnen möchte. Denn sonst würde ich etwas näher auf die Frage eingehen, ob nicht doch Kaspar Hauser noch etwas anderes zu beurteilen ist, als in dem Engelschen Buche, oder ob nicht — vielleicht besser gesagt — Dr. Engel einen Punkt nicht etwas stärker hätte betonen sollen, nämlich verlässigere unbestreitbar vorhandene krankhafte Züge bei Kaspar, die ihn dem modernen Nudiatler als einen an Pseudologia phantastica leidenden bedauernswerten Hysteriker erscheinen lassen. So haben ihn, wenigstens für mich recht überzeugend, Hans Sittenberger und Dr. Eduard Berend hingestellt. Allein es hat wenig Zweck, sich mit der Entscheidung dieser ganz nebensächlich gewordenen Frage noch aufzuhalten, denn Dr. Engel läßt mit Gepraßel den eisernen Vorhang über die ganze Haußerei fallen, indem er erklärt:

(Fränkische Zeitung am 19. November 1931): „Ich bin Schriftsteller und nicht Zrenenarzt. Nachdem ich mich für mein Buch Kaspar Hauser Monate hindurch mit den Nudiatern von Zrenen habe beschäftigen müssen, habe ich für mein nächstes Menschenalter genug davon und überlasse die fernere Behandlung der Haußerei den Zrenenärzten. Ich werde nichts mehr lesen, was die Prinzenräubdie schreibt. Ich habe einen sehr geräumigen und gefräßigen Papierkorb. Bornim, 16. Nov. 31. Eduard Engel.“

Ein Heimatabend

des Vereins der Badener in Berlin

Der Verein der Badener zu Berlin veranstaltete am Sonntag im Haus der Gesellschaft der Freunde an Stelle seines 38. Stiftungsfestes einen Heimatabend, der überaus gut besucht war und in dessen Mittelpunkt ein Lichtbildervortrag von Dr. Drimann (Freiburg i. Br.) stand. Der Vortragende zeigte seine Zuhörer in die Biedermeierzeit zurück und machte mit ihnen eine Reise, eine Postkutschenfahrt durch das schöne Badener Land von ein. Er begleitet ein junges Hochzeitspaar vom Rhein bis zum Bodensee. Jedes neue Bild wurde mit Beifall und Handklatschen aufgenommen.

Wir sehen den badischen Postmeister v. Draiss, der auf seinem Lauftrab, das die Zeitgenossen als „Knodenschüttler“ bezeichneten, die ersten Fahrverjuche in den Straßen von Karlsruhe machte. Vom Markgraf Ludwig von Baden, der durch seinen Sieg über die Türken berühmt wurde, erzählt man, er habe so gerne Meerrettich gegessen, so daß bei der Wagage stets ein Wagen mit dieser Wurzel mitgeführt werden mußte. Unter dem Namen „Biedermeiers Liebeslust“ wurden in den „Fliegenden Blättern“ Gedichte des badischen Dichters Ludwig Eichrodt veröffentlicht, der als Oberamtsrichter 1892 zu Lahe verstarb. Wir lesen das erste Exemplar der „Freiburger Zeitung“ vom 8. Januar 1784 und wurden dann in unserer Postkutsche betrat hin- und hergestoßen, daß ein zeitgenössischer Reisender zu berichten weiß, daß Leib und Seele Gefahr liefen, voneinander getrennt zu werden. Auf der Landstraße begegnet uns der Vorläufer des heutigen Kraftwagens, ein Dampf-Omnibus, der die imponierende Geschwindigkeit von 7,5 Kilometer in der Stunde erreichte. Die kunstvoll angelegte Straße durch das Hölental verdanken wir einer Braut. Als im Jahre 1770 Maria Antoinette von Österreich zur Vermählung mit Ludwig XVI. von Frankreich nach ihrer neuen Heimat reiste, wurde die Straße durch das Hölental für diesen Zweck etwa angelegt. Von dem Feldberg, dem höchsten Rücken des Schwarzwaldes, schreibt 1838 Josef Waber: „Der Rücken des Feldberges hat viele muldenförmige Vertiefungen, worin bis in den Sommer noch Schnee liegen bleibt, der vertilgt werden müsse, um die Gefahr eines Gletschers zu verhindern.“ Eine gefährliche Gegend für Landstraßenreisende war die ehem. Landgrafschaft Nellenburg. Eine Urkunde weiß zu berichten, daß an den Straßen der Landgrafschaft 48 Unterzoller, 30 Chaußegelde einzieher, ein Bagengeldinspektor und 39 Wagenmechte beschäftigt waren.

Dr. Drimann schloß seinen wunderbaren Vortrag mit den Worten: „Wie ein Märchen mulet es uns an, was einstens lebendige Gegenwart war. Aber auch unsere Zeit wird zur Vergangenheit und wird wie jetzt auch einmal unseren Nachfahren als ein Märchen von ebendem vorkommen. Vorbereitungen der Volkstanzgruppe in ihren prächtigen farbenfrohen Trachten bildeten den Abschluß des umfangreichen Programms.“

Sreiburger Theaterbrief

Einen der interessantesten Theaterabende der jüngsten Zeit ergab unstreitig die Erstaufführung der „Elisabeth von England“ von Ferdinand Brudner, in der Inzenerierung des Intendanten Strüger. In diesem vierten Stück wendet sich Brudner vom Sozialen der Historie zu. Seine Art, die Geschichte aller Romantiker entkleidet mit den Augen scharfer Stetis zu sehen, ist nicht neu. Shaw und Strindberg haben diesen Standpunkt schon eingenommen, und Brudners Auffassung schließt sich darin der gleichgerichteten, der Biographie des kürzlich verstorbenen englischen Forschers Lytton Strachey an. Sie mündet in der Erkenntnis, daß sich der Mensch an sich durch die Jahrtausende nie geändert hat, nur sein Kostüm. So steht auch der Dichter Brudner seinen Figuren in fühlbarer Distanz gegenüber, es sind weniger aus dem Gefühl, als aus dem Intellekt geborene Geschöpfe, denen es oft am warmen Blut echten Lebens fehlt. Dem entspricht die Sprache, eine knappe, mit Geist geladene Prosa, die etwa an die von Georg Kaiser erinnert. Die dichterisch weit gefasste Absicht, die Dramatisierung der Persönlichkeit Elisabeths und den Kampf um die Weltbeherrschung gegen Philipp II. von Spanien zu einer künstlerischen Einheit zu verbinden, hat Brudner nicht läckenlos bewirkt. Beide Teile an sich indessen enthalten eine Reihe höchst wirkungsvoller Szenen und eine Fülle feiner psychologischer Beobachtung. Großartig gelang die Gestaltung der Königin selbst, als eine innerlich zerrissene, zwischen schroffen Gegensätzen hin- und hergetriebene, von psychopathischen Zügen angeordnete Frau, der wir unser tragisches Mitleid nicht verlagern können: nach der selbstgewollten Hinrichtung ihres Günstlings Essex erkennt sie in tiefer Resignation als der Weisheit letzten Schluß, es sei dem Menschen am besten, aus der Welt zu scheiden, wie er in sie hineintrat: ohne etwas von ihr zu wissen. Der Gegenüberstellung der Szenenbilder auf der Simultanbühne zu gleicher Zeit und in dicht verknüpftem Dialog entspringen starke theatralische Effekte. Von der Regie, von den Darstellern und vom technischen Personal verlangt das ein gerütteltes Maß an Leistung. Im ganzen war sie allen Lobes wert. Wenn die Spannung gegen Schluß nachließ, war auch beim Zuschauer die Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht. Im Vordergrund der Darsteller standen die bedeutende Elisabeth

von Anna Mohr, der König Philipp von Adalbert Holz und der lebensschaffliche Essex von Walter Niehland. — Wie bescheiden sind heute die Ansprüche des Publikums an das Lustspiel! Da genügt eine klug gefingerte Handlung, der Glaubwürdigkeit bedarf es nicht, einer tieferen Idee bedarf es auch nicht, und trotzdem wird geflissentlich nach jedem Abschluß wie besessen. So ging's bei der Erstaufführung vom „Ständchen bei Nacht“ von Leo Lenz. Ernst Hart hatte die Darsteller flott im Zug, die schöne Eva Maria Lorm entwickelte viel Anmut in Haltung und Spiel. — er.

„Aheingold“ als Schülervorstellung im Stadttheater Freiburg i. Br.

Daß die heutige Jugend so schlecht nicht ist wie ihr Ruf, daß sie nicht nur ins Kino geht und Fußballkämpfe ansieht, oder mit ansieht, zeigen die von jeher gut besuchten Schülervorstellungen des Freiburger Stadttheaters, die nun schon eine lang bewährte Tradition bedeuten. In die Reihe dieser regelmäßig an Rittwochsnachmittagen stattfindenden Vorstellungen Richard Wagners „Aheingold“ aufzunehmen, möchte zunächst vielleicht als ein Wagnis erscheinen; denn geschlagene 2½ Stunden pausenlos festzusitzen, bedeutet auch für Erwachsene fast eine Zumutung, die sich höchstens ein ganz Großer erlauben darf. Um so erfreulicher, daß die am 3. Februar stattgehabte „Aheingold“-Vorstellung von nahezu 1000 (!) Schülern aller Schulstufen aus Freiburg und Umgebung besucht war. Ein großes Kontingent stellten die Nachbarkreise bis Offenburg hinunter, das allein mit fast 100 Besuchern vertreten war (bei 63 Kilometer Entfernung, also je zweifelhünder Personen-zugsfahrt). Aus Freiburg selbst entsandten naturgemäß die höheren Schulen den Hauptteil der Besucher. Zu begrüßen war, daß einzelne Schulen Einführungsberichte veranstaltet hatten. Die große Kulturaufgabe, die dem Freiburger Stadttheater für die deutsche Südwestküste obliegt, erhellt auch aus diesen Schülervorstellungen, die man in solcher Regelmäßigkeit bisher weder in Mannheim noch in Karlsruhe durchzuführen vermochte. Vielleicht trägt die Initiative Freiburgs und seines Theaters mit dazu bei, auch anderwärts der Jugend ähnliche Genüsse zu bieten. Die nächste Freiburger Schülervorstellung wird ein Mozart-Symphoniekonzert mit ganz billigen Eintrittspreisen sein. Dr. A. Runge - Müller

Druck G. Braun, Karlsruhe.